

Handeln in der Krise – Wirtschaft durch strukturelle und kurzfristige Maßnahmen wettbewerbsfähig machen

Energiekosten senken – sicher, unabhängig und technologieoffen

Um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern, müssen wir unsere Energiepolitik umsteuern: Ziel muss eine sichere, saubere und bezahlbare Energie sein. Daher begrüßen wir die von der unionsgeführten Bundesregierung vorangetriebenen Entlastungen. Die Abschaffung der Gasspeicherumlage, die Bezuschussung der Übertragungsnetzentgelte sowie die Stromsteuersenkung auf den EU-Mindeststeuersatz für das produzierende Gewerbe und die Forst- und Landwirtschaft entlasten Verbraucher und Wirtschaft. Diese Maßnahmen müssen dauerhaft verstetigt werden, um Planungssicherheit für Unternehmen und private Haushalte zu schaffen. Der von der Bundesregierung verhandelte Industriestrompreis und die Strompreiskompensation sind darüber hinaus wichtige Signale zur Entlastung unserer Industrie. Eine Reduzierung der Stromsteuer für alle sollte dann erfolgen, wenn hierfür finanzielle Spielräume bestehen.

Die Sicherung der Grundlast hat für uns oberste Priorität, um Blackouts und extreme Strompreisspitzen zu verhindern. Dafür muss das vorhandene Kraftwerkspotenzial voll genutzt werden. Für den Kohleausstieg gilt das Prinzip „Kein Ausstieg ohne Einstieg“: Ein endgültiger Ausstieg vor dem Jahr 2038 ist nur denkbar, wenn gleichwertige und grundlastfähige Kapazitäten am Netz sind. Bestehende Kraftwerke müssen als Sicherheitsreserve voll einsatzfähig bleiben. Dabei ist insbesondere auf die regionale Versorgungssicherheit und Netzstabilität zu achten. Zwingend erforderlich ist der Abbau der hohen Vorhalte- bzw. Systemkosten für die Netzstabilität bei steigenden Anteilen der Erneuerbaren Energien, um in Deutschland nachhaltig wettbewerbsfähige Energiekosten zu gewährleisten.

Wir fordern das Ende jeder ideologischen Fixierung in der Energiepolitik. Wir setzen auf die gleichberechtigte Förderung aller CO₂-armen Technologien. Dazu gehören Biogas ebenso wie grüner Wasserstoff und E-Fuels sowie langfristig die Kernfusion. Der Fokus muss auf Forschung, Effizienz und neuen Speichersystemen liegen, statt auf Verboten im Heizungskeller oder auf der Straße. Gleichzeitig müssen bestehende Förder- und Regulierungsinstrumente auf ihre Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit überprüft werden. Zudem treiben wir den beschleunigten Aufbau einer leistungsfähigen Wasserstoff-Infrastruktur und CO₂-Infrastruktur für unsere industriellen Zentren voran, um Deutschland zukunftsfest zu machen.

Bürokratieabbau und Deregulierung

Neben einer sicheren Energieversorgung braucht unsere Wirtschaft sofortige Entlastung durch einen echten Bürokratieabbau. Das vom Bundestag am 26. Juni

verabschiedete Infrastruktur-Zukunftsgesetz ist ein ganz wichtiges Signal für einen wettbewerbsfähigen Standort. Wir müssen den Planungs- und Genehmigungsturbo zünden und die Verfahrensdauer für Bauvorhaben mindestens halbieren. Dies ist insbesondere für den Mittelstand entscheidend, der durch langwierige Verfahren besonders belastet wird. Das erreichen wir durch Stichtagsregelungen für die maßgebliche Rechtslage im Bundesimmissionsschutzrecht und eine verbindliche Fiktionswirkung bei Behördenfristen. Verstreicht eine Frist ungenutzt, gilt der Antrag automatisch als genehmigt.

Beim Bürokratieabbau in Deutschland braucht es einen Paradigmenwechsel: Nicht der Abbau von Bürokratie muss zukünftig begründet werden, sondern ihr Fortbestand. Hierfür sind alle die Wirtschaft belastenden bundes- und landesseitigen Berichts-, Dokumentations-, Nachweis- und Meldepflichten sowie alle bestehenden Schriftformerfordernisse für Bürgerinnen und Bürger zu festen einem Stichtag abzuschaffen. Dabei gilt das Prinzip der Beweislastumkehr: Was aus Sicht der Fachverwaltungen zwingend notwendig ist, muss bis zum Stichtag fundiert begründet und per Rechtsverordnung positiv festgestellt werden; ohne diese Feststellung entfällt die Regelung ersatzlos. Vor der Einführung neuer Bundes- und Landesgesetze bzw. Verordnungen braucht es einen Bürokratie-, Praxis- und Digital-Check, der den damit verbundenen Verwaltungsaufwand und die Bürokratiekosten misst sowie die Verständlichkeit, Wirtschafts- und Digitaltauglichkeit der Regelungen überprüft.

Um den Unternehmen in der Krise Luft zum Atmen zu geben, fordern wir ein sofortiges Moratorium für neue Regulierungen, wo diese nicht unerlässlich sind. Für die Zukunft muss strikt das Prinzip gelten: Für jede neue Belastung müssen zwei bestehende Regelungen gestrichen werden.

Auch auf europäischer Ebene fordern wir eine sofortige Atempause bei neuen, belastenden Vorschriften für die Wirtschaft. Gleichzeitig muss Schluss sein mit der nationalen Übererfüllung. Wir verzichten konsequent auf dieses sogenannte „Gold-Plating“ bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in deutsches Recht. Unsere Unternehmen dürfen nicht schlechter gestellt werden als ihre europäischen Konkurrenten. Zudem fordern wir eine Vereinfachung von EU-Vorgaben wie der REACH-Verordnung.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen hängt entscheidend von ausreichend qualifizierten Fachkräften ab. Deshalb setzen wir auf eine konsequente Fachkräftestrategie: Eine stärkere Berufsorientierung, die Förderung der beruflichen Bildung sowie die gezielte Gewinnung internationaler Fachkräfte für Mangelberufe und schnellere Anerkennungsverfahren. Gleichzeitig wollen wir Unternehmensnachfolgen erleichtern und den Wissenstransfer zwischen den Generationen stärken.

Klimaschutz mit Augenmaß und Wirtschaftlichkeit

Der europäische und nationale CO₂-Zertifikatehandel ist derzeit das zentrale marktwirtschaftliche Instrument der deutschen und europäischen Klimaschutzpolitik: Er gibt CO₂ einen Preis und schafft damit Anreize, Emissionen zu senken und in klimafreundliche Technologien zu investieren. Zugleich zeigt sich aber zunehmend, dass die Belastungen für Industrie und Mittelstand unter den derzeitigen Rahmenbedingungen zu stark geworden sind und Investitionen in den Standort Deutschland erschweren. Darunter leiden insbesondere energieintensive

Unternehmen. Deshalb braucht der Emissionshandel dringend eine Reform, die Wettbewerbsfähigkeit sichert, Carbon Leakage verhindert und Investitionen schützt.

Die Bundesregierung ist nun gefordert, sich auf europäischer Ebene entschieden für verlässliche und planbare Rahmenbedingungen einzusetzen und bei möglichen Anpassungen des ETS die Investitions- und Planungssicherheit der industriellen Vorreiter sicherzustellen.

Innovationsführerschaft bei Schlüsseltechnologien

Um den Wohlstand unseres Landes zu sichern, muss Deutschland wieder ein Innovationsmotor und Technologiemarktführer werden. Zudem müssen wir unsere Abhängigkeit bei Spitzentechnologie wie Künstlicher Intelligenz (KI) von außereuropäischen Wettbewerbern verringern. Unser Fokus liegt auf den Schlüsseltechnologien der Hightech-Agenda: Künstliche Intelligenz, Quantentechnologien, Mikroelektronik, Biotechnologie, und klimaneutrale Energieerzeugung, Technologien für klimaneutrale Mobilität. Gleichzeitig gilt es, die Stärken der deutschen Wirtschaft, bspw. im Maschinenbau, durch Entwicklung zur Industrie 4.0 zu fördern. Dafür wollen wir die Skalierung industrieller KI-Anwendungen „Made in Germany“ gezielt unterstützen und anführen. Zudem ist die Regulierung von KI durch die EU so zu gestalten, dass europäischen Unternehmen keine Wettbewerbsnachteile entstehen.

Beim Thema Kernfusion setzen wir uns mutige Ziele: Deutschland soll sich als weltweiter Leitstandort für die Spitzenforschung der Kernfusion etablieren. Dabei gilt es, Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Anwendungen zu überführen. Damit ebnen wir den Weg für eine saubere und kommerziell nutzbare Energiequelle der Zukunft.